

10. Mai 1987

Anzeige + + + Anzeige + + + Anzeige + + + Anzeige + + + Anzeige

Holzwind

ZEITSCHRIFT FÜR RECKLINGHAUSEN UND UMGEBUNG

Volksaushorchung 87

**Nur Schafe
werden
gezählt!**



Altstadtschmiede:
Unsere Antwort

Kohlepolitik

Importkohle aus Südafrika
Kohle Resolution im Rat
Grüne Kohlepolitik
Vollernwirtschaft
bei Blumenthal

Antifaz

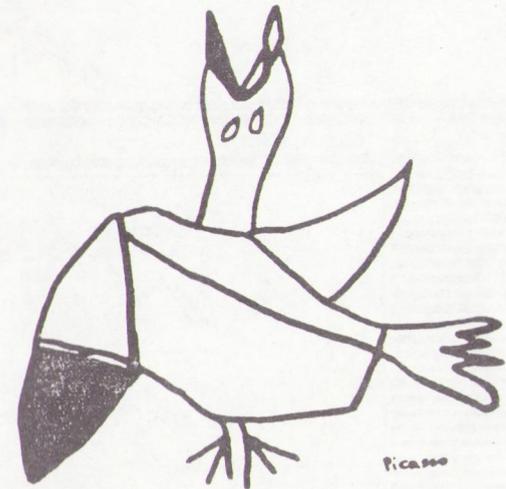
Antifaschistische Zeitung für
Recklinghausen und Umgebung



Verbot der F.A.P.!

Heft 6 (Sonderausgabe Mai 1987) DM 0,50

GUERNICA 1937-1987

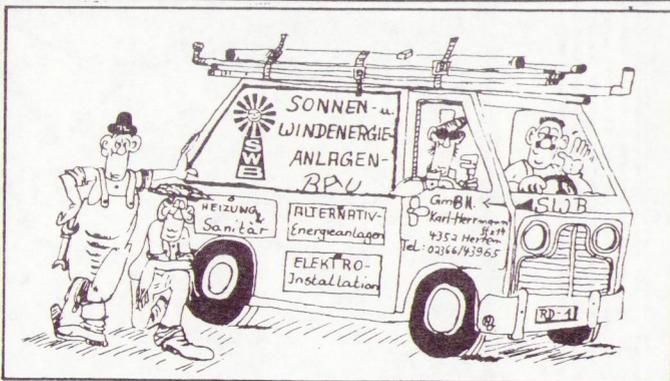


Picasso

IN DIESEM HEFT

Titel	
Picasso's Guernica	4
Volkszählung im Nationalsozialismus	8
Nie wieder Faschismus Nie wieder Krieg	11
Blick nach draußen ...	
Castrop - Rauxel	13
Gelsenkirchen	
Sigmaringen	14
Bielefeld	16
Lüneburg	17
Faschistisches Südafrika	18
Leserbrief	
Der Staat, in dem wir leben	22
Impressum	25
Pinwand	26

+++ Anzeige +++



Einleitung



1. MAI Gemeinsam gegen Rechts

Wir bringen am 1. Mai zum einjährigen Erscheinen eine Sonderausgabe der Antifaz heraus.

weil dieser Tag von der Arbeiterbewegung auch als internationaler Kampftag gegen den Faschismus begangen wird, steht diese Ausgabe unter dem Motto "Guernica 1937-1987", um an den 50. Jahrestag der Bombardierung Guernicas durch die Nazis zu erinnern.

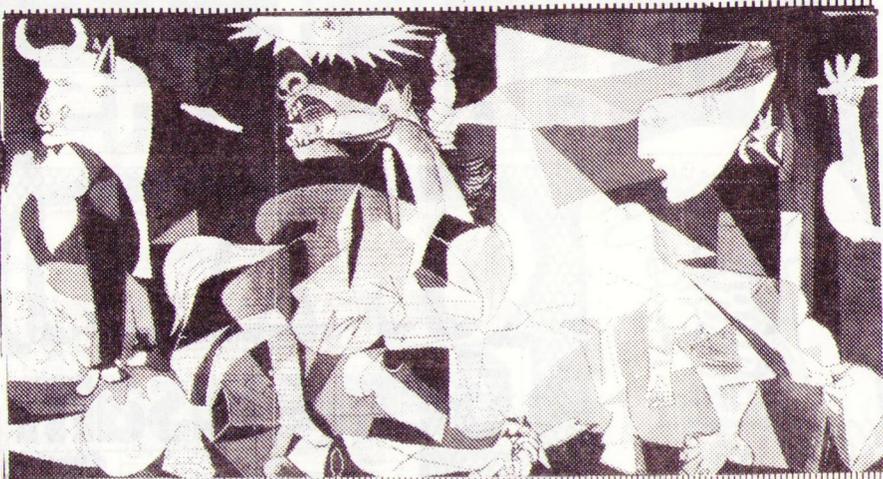
Am 26. April 1937 bombardierte die faschistische deutsche 'Legion Condor' die baskische Stadt Guernica. In der Stadt hielten sich zur Zeit des Angriffs ungefähr 7000 Bewohner und rd. 3000 Flüchtlinge auf. Die Stadt hatte keine Flak und keine Geschütze; in Guernica war Markttag, als die Stadt

gegen fünf Uhr nachmittags angegriffen wurde. Vier Stunden lang flogen immer neue Verbände von drei bis zwölf Maschinen in zwanzigminütigen Abständen an und warfen schwere Spreng- und Brandbomben ab.

Guernica brannte zu 80 Prozent aus, die baskische Regierung sprach von 1654 Toten. Der Einsatz war von Oberstleutnant Frhr. v. Richthofen befohlen worden.

In dieser Ausgabe erinnert eine Besprechung von Picassos Bild 'Guernica' an dieses Verbrechen.

Picassos 'Guernica'



1937 - IM JAHR DER
" ENTARTETEN KUNST "

Am 26. April wird die Stadt Guernica von Hitlers Luftwaffe bombardiert; am 1. Mai beginnt Pablo Picasso mit seinem Bild 'Guernica', das ab 12. Juli im Spanischen Pavillon der Weltausstellung gezeigt wird. Mehrere deutsche Künstler verlassen das 3. Reich:

L. Feininger nach New York,
Kurt Schwitters nach Oslo,

Max Beckmann nach Amsterdam.
Um "der deutschen Kunstvernarrung und damit der Kulturzersetzung unseres Volkes" (Hitler) ein Ende zu machen, wird in München die Ausstellung "Entartete Kunst" eröffnet. Zu sehen sind unter anderen Arbeiten von Nolde, Heckel, Kirchner, Marc, Kokoschka, Kandinsky, Beckmann, Schmidt-Rottluff und Paula Modersohn-Becker. Die Ausstellungsleitung schlägt vor: "Man sollte die Künstler neben ihren Bildern anbinden, damit ihnen jeder Deutsche ins Gesicht spucken kann."

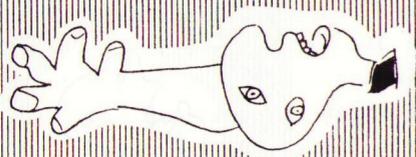
Guernica

Auf dem ersten Blick wirkt Guernica auf mich etwas verwirrend und es dauert, bis ich mich in dem Bild zurechtgefunden habe. Doch je länger ich hinschaue, desto mehr Einzelheiten fallen mir auf und ich empfinde es als spannend zu beobachten, wie sich aus dem scheinbaren Durcheinander eine wohldurchdachte Ordnung herauskristallisiert.

Picasso möchte auf seine ganz persönliche Weise die Geschichte des durch die Faschisten zerstörten Guernicas erzählen, eine Geschichte, die von den Leiden der spanischen Bevölkerung getränkt ist und die niemals in Vergessenheit geraten darf: Es ist die Zeit des spanischen Bürgerkriegs. Der (faschistische) General Franco rebelliert gegen die republikanische, baskische Regierung und Guernica wird im Auftrage Francos durch Hitlers Luftwaffe zerstört. Picasso solidarisiert sich mit den Opfern und verurteilt die Grausamkeit der Faschisten: der Stier wird zum Sinnbild der "Brutalität und Finsternis", es ist Minotaurus, die griechische Sagengestalt (halb Mensch, halb Stier), die uns aus verzerrten Augen anschaut. Links vom Stier sehen wir eine Frau, die ihren Schmerz zum Himmel schreit: auf dem Arm hält sie ihr totes Kind. Auf dem Boden liegt ein verletzter Krieger, die Gliedmaßen

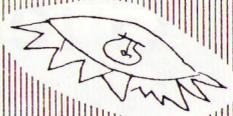
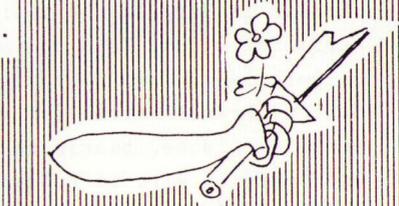


sind ihm vom Leib gerissen, in der Hand hält er sein zerbrochenes Schwert, neben dem eine Blume liegt ein Zeichen der Hoffnung. Das zentrale Bildmotiv aber ist das Pferd, das sein Maul zum Schrei aufgerissen hat: sein Körper ist durchbohrt und aufgeschlitzt. Es ist der Schrei der spanischen Bevölkerung, den Picasso hier eindrucksvoll schildert. Auch die beiden Figuren rechts im Bild drücken Verzweiflung und Hilflosigkeit aus, sei es in der Geste der Flucht oder in den nach oben ausgestreckten Armen. Doch so schrecklich der Krieg auch ist, es gibt immer noch Hoffnung: die zur Ellipse verzogene Sonne vertreibt die Finsternis, und durch ein Fenster eilt eine Frau mit einer Kerze in der Hand. Das Licht soll den Menschen die Augen öffnen, damit sie die Wahrheit erkennen und dies nicht nur in bezug auf Guernica.



Den Zukunftsforscher Robert Jungk hat Picassos Bild so beeindruckt, daß er "die Alltagswirklichkeit wochenlang mit Guernica-Augen sehen mußte": "In den zusammengepreßten Mündern der Vorbeigehenden ahnte ich das Brüllen hilflosen Schmerzes, die Arme, die noch brav Aktentaschen oder Einkaufsnetze trugen, sah ich verzweifelt emporgestreckt gegen die Monster über ihren Köpfen, im Getümmel eines noch friedlichen Wochenmarktes konnte ich mir Panik, Zerrissenheit, Höllenwarr vorstellen."

"Haben Sie das gemacht?" fragten deutsche Offiziere 1938 in Paris, als Picasso ihnen eine Reproduktion seines Bildes "Guernica" zeigte. "Nein, meine Herren", antwortete Picasso, "das haben Sie gemacht." (.....)

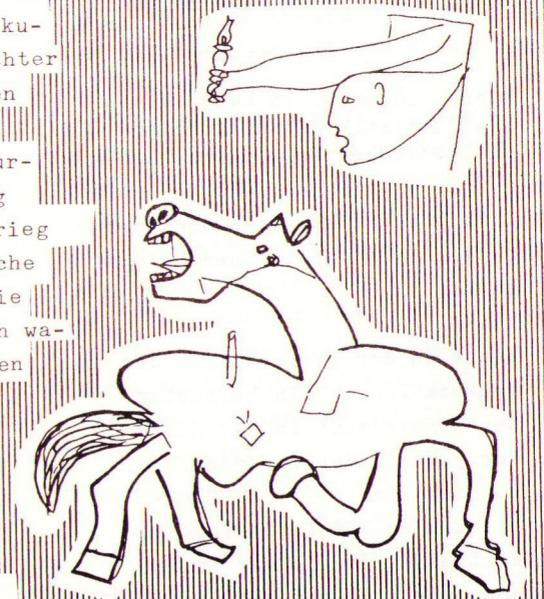


Guernica ist überall!

Picasso hat sich nicht um eine realistische Darstellung des zerstörten Guernicas bemüht; die abstrakte, kubistische Malweise soll dem Betrachter genügend Platz für eigene Gedanken lassen. Und noch etwas: der Künstler verurteilt nicht nur die Bombardierung dieser Stadt, sondern auch den Krieg im Allgemeinen, sowie faschistische Tendenzen in der Gesellschaft, die für diesen Vorfall verantwortlich waren und die immer noch ihr Unwesen treiben.

Das Ende einer Reise

Von 1939—1981 hing Picassos Monumentalwerk (Es ist 3,49m hoch und 7,77m breit!) im New Yorker Museum of Modern Art. Picasso begründete seine Entscheidung damit, daß sein Bild erst in seine Heimat überführt werden dürfe, wenn dort die Republik wieder hergestellt sei. Picasso starb 1973, Franco 1975. Doch es dauerte noch sechs Jahre, bis das Bild nach Spanien zurückkehrte. Bis dahin begnügten sich die Basken mit Reproduktionen: Auf Straßenwänden und Mauern blickt Guernica uns entgegen. Jetzt hängt das Bild in einer Vitrine aus Panzerglas in Madrid und wird von der Polizei streng bewacht. Spanische Rechtsextremisten haben bereits wiederholt gedroht, daß sie das Bild in Spanien nicht mehr dulden würden.



Besucher vor 'Guernica'

"Haben Sie Picassos Bild schon mal gesehen?" fragte ich. "Im Zimmer meines Ältesten hängt eine Reproduktion", sagte die Frau. "Gefällt sie Ihnen?" fragte ich. "Na ja", sagte die Frau zögernd, "also, ehrlich gesagt, ich finde 'Guernica' ziemlich verwirrend... und dann ist alles so grau in grau." Ihr Mann, der sich gerade mit einem Freund darüber unterhalten hat, (...): "Es ist unwichtig, ob 'Guernica' schön oder häßlich ist - wichtig ist die politische Aussage." Dann verbessert er sich hastig: "Verstehen Sie mich recht. Ich bin politisch eher neutral. Als der Bürgerkrieg ausbrach, war ich erst vierzehn. Ich habe damals gar nicht so viel mitgekriegt. Aber ich weiß noch: Es gab nur Linsen zu essen, jeden Tag Linsensuppe und Brot." (Bericht von art-Mitarbeiterin Fee Zschocke aus Madrid)

Volkszählung im Nationalsozialismus

"Schon ihrem Wesen nach steht die Statistik der nationalsozialistischen Bewegung nahe."

(Friedrich Zahn,Präsident des deutschen statistischen Reichsamtes)

Schon in der Antike waren die Volkszählungen ein beliebtes Machtinstrument in den Händen der jeweils Herrschenden.Sie konnten sich so einen Überblick über die für Kriege rekrutierfähigen Männer sowie über die steuerlichen Lasten verschaffen,die sie der Bevölkerung aufdrücken konnten. Eine ausgefeilte Technologie, mehrere Daten einer Person zu sammeln,zu erfassen und auszuwerten-die Hollerith Lochkarten- konnten sich erstmals in der deutschen Geschichte die Nazi-Faschisten zunutze machen.



Wer weiß heute schon,daß die Nazis Ausweis- und Meldepflicht einführten ?

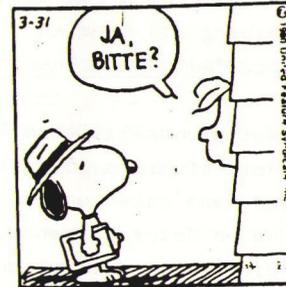
Wer weiß,daß die Nazis 1933 und 1939 Volkszählungen durchführten,die einen wichtigen Datenpool für die Durchführung ihrer Kriegs- und Vernichtungsstrategien lieferte ?



Nicht nur durch die Ideologie von Blut und Boden haben die Nazis ihre Macht gefestigt; es waren nackte Zahlen, Volkszählungen,Lochkarten, statistische Expertisen und Kennkarten.Jede Marschkolonne,jede Arbeitskolonne existierte zunächst als Zahlenkolonne,jeder Vernichtungsaktion ging die Erfassung voraus,die Selektion an der Rampe beendete die Selektion auf dem Papier.

Bei der Volkszählung 1939 sind alle deutschen Juden einzeln vom statistischen Reichsamte für eine Zentralkartei erfaßt worden. Im April 1933 wurde das "Gesetz über die Durchführung einer Volks-,Berufs- und Betriebszählung " erlassen.Die Zählgrund-

lage bildete eine Liste der Haushalte,durchgeführt wurde die Volkszählung von ca. 500 000 teilweise zwangsverpflichteten Zählern.Die letzte Volkszählung hatte 1925 stattgefunden.Die damals erhobenen Daten waren durch die Wirtschaftskrise veraltet,so daß die Durchführung einer "neuen Inventur des deutschen Volkes und der deutschen Volkswirtschaft" notwendig wurde. Eine wichtige Fragestellung



aus der Volkszählung war die genaue Zahl der Arbeitslosen, die sich nicht mehr bei den Arbeitsämtern gemeldet hatten: über eine Million.

1933 wurden erstmals familienstatistische Erhebungen gemacht, z.B. in Form von Zusatzfragen an die verheirateten Frauen. Diese wurden gefragt nach dem Jahr der Eheschließung und der Zahl der in der jetzigen Ehe geborenen Kinder.Auf dieser statistischen Grundlage plante man, ein Geburten soll zu errechnen, das den "hochwertigen" deutschen Frauen auferlegt werden sollte. Die "Aktivierung der Gebärfreu-

digkeit" 'hochwertiger' deutscher Frauen über Ehestandsdarlehen, fortlaufendes Kindergeld und gestaffelte Besteuerung hat weniger gebracht als die negative Bevölkerungspolitik, d.h. die Abgrenzung,Verfolgung und Vernichtung von Minderheiten. Für diese negative Bevölkerungspolitik lieferte die Volkszählung von 1933 allerdings noch keine direkten Daten (anders die VZ von 1939).Sie war aber Grundlage der ab 1934 aufgebauten Sonderkarteien für Juden,Sintis und "Asoziale",alles was von der Norm abweicht.

Mit der Einführung der Arbeitsbuchpflicht von 1935 sollte für die "planvolle Verteilung der Arbeitsplätze auf weite Sicht" vorgesorgt werden. Dem Versuch,einen Überblick über jeden Menschen der Be-



völkerung zu erhalten,dienten Reichsmeldeordnung und Volkskartei.Die Reichsmeldeordnung wurde 1938 erlassen.Bis zum Frühjahr 1939 war die Reichs-

bevölkerung erstmals reichs- einheitlich verkartet. Ein eng gestaffeltes Netz von Kon- trollen, die Einbeziehung der Hauseigentümer, der Zwang zur persönlichen Abgabe von Melde- scheinen usw. sollten verhindern, daß weiterhin Leute durch Akten- vermerke wie "unbekannt verzogen" oder "auf Wanderschaft" für die deutschen Behörden unerreichbar waren.

Hinzu kam der Verbund mit Ar- beitsbuchkartei und den Archiven der Pflichtkrankenkassen, der das Arbeitsmarkt-, Krankheits- und Wohnverhalten der Einzelnen erstmals im Zusammenhang durch- schaubar machte.

Die Volkskartei sollte die Men- schen nach Geburtsjahr und -ort, nach Stichpunkten wie "Rasse", Wehrdienst, Reichsarbeitsdienst, Ausbildung oder besondere Kennt- nisse ordnen. Die reichseinheit- liche Volkskartei wurde ab 1939 aufgebaut.

Im gleichen Jahr fand die zweite Volkszählung statt. Einen Schwer- punkt bildeten wieder familien- statistische Fragen, ein anderer war die Erhebung genauer Daten über Minderheiten, mit deren Ab- grenzung bereits begonnen wor- den war. In einer Zusatzliste zur Haushaltsliste wurde nach der "Rasse" bzw. dem "Mischlings"- grad gefragt. Dieser Fragebogen konnte zwar in einem geschlos- senen Umschlag abgegeben werden,

aber die Autoren Roth/ Aly belegen dokumentarisch, daß bereits vorher geplant war, die Auswertungsergebnisse in die Meldekarteien zu übertragen. So bereitete die Volkszählung 1939 die Massenrazzien ab 1939/40 gegen "lebens- u.a. unwerte" Minderheiten vor. Den Zusammenhang zwischen Erfassen und gewalttätigem Unterdrücken dokumentiert ein Fernschreiben, das der Chef der Sicherheitspolizei und des SD, Heydrich, nach Polen, Danzig, Königsberg und Breslau schickte: " Betr. Räumung der neuen Ost- provinzen

Auf grundsätzlichen Befehl des Reichsführers SS wird die Räumung von Polen und Juden in den neuen Ostprovinzen durch die Sicherheitspolizei durchge- führt(...) Die Räumung erfolgt nach den Unterlagen der Volks- zählung".

Auch dies: "kein Fall der Ver- letzung des Statistikgeheim- nisses" !?

(gekürzt aus: Vorsicht Volks- zählung '87)



Nie wieder Faschismus Nie wieder Krieg

Unter diesem Motto ruft eine antifaschistische Akti- onseinheit aus AFB, Grünen, Initiative gegen Ausländer- feindlichkeit, Jungsozialisten, SDAJ, VVN/BdA, Stadtverband Her- ne und Chor Recklinghäuser Ge- werkschafter zu einer Veran- staltung gegen die NPD auf. Die Veranstaltung findet am 8. Mai im HEINRICH-PARDON- HAUS statt.

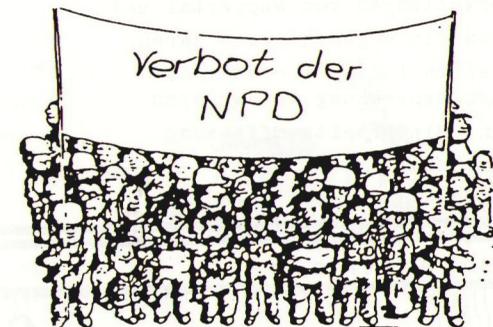
Ausgangspunkt der Aktionseinheit ist der Wunsch, sich in den in NRW wachsenden Widerstand gegen den geplanten NPD-Landesparteitag einzubeziehen.

Die Aktionseinheit verabschie- dete folgenden AUFRUF :

(In Auszügen)
KEIN NPD-PARTEITAG IN NRW UND ANDERSWO !

In den vergangenen Wochen hat die NPD versucht, in verschiedenen Städten des Ruhrgebiets ihren Lan- desparteitag für NRW durchzufüh- ren. Jüngster Versuch war die Anmietung einer Gaststätte in Dortmund- Eving am 26. April. Dieser Versuch wurde durch eine breite Protestbewegung in Dortmund im Keime erstickt, der NPD wurden die Räume aufgekündigt.

Vorher hatte die NPD in Waltrop, Essen und einer Reihe anderer Ruhrgebietsstädte versucht, städti- sche Räume anzumieten. (...) Die Tatsache, daß zu den letzten Bundestagswahlen eine breite Palette faschistischer und ultra- rechter Parteien zur Wahl stand (von der NPD bis zu den PATRIOTEN FÜR DEUTSCHLAND), daß die NPD ihren



Stimmenanteil stark vergrößern konnte, ist neben anderen Erscheinun- gen ein Ausdruck des wachsenden Einflusses neofaschistischer Kräfte. Die legale Tätigkeit und Teilnahme an den Wahlen bedeutet für die faschistischen Organisationen politische und nicht zuletzt fi- nanzielle Stärkung ihrer Arbeit. (...) Die NPD ist als eine der Nachfolgeorganisationen der NSDAP zu betrachten. Aufgrund dieser Tatsache hat das Verwal- tungsgericht Frankfurt in Urtei- len von Ende 1985 und Anfang

1986 (AZ VII/VG/9 86) der NPD städtische Räume und öffentliche Plätze verwehrt. Zur NPD heißt es:

"...Zum typisch nationalsozialistischen Bekenntnis zur Volksgemeinschaft tritt das Bekenntnis von der Ungleichheit der Völker und Menschen hinzu... Aus alledem läßt sich der Schluß ziehen, daß die NPD unter Ablehnung des Gleichheitsprinzips rasse- und volksfremde Einflüsse ausschalten will, also Nichtdeutsche ebenso wie politisch Andersdenkende unterdrücken will..."

Diese Urteile, deren Rechtsauffassungen sich inzwischen die Verwaltungen von Wuppertal und Mannheim angeschlossen haben, stellen in der herrschenden Rechtssprechung leider noch eine Minderheitsauffassung dar. Daher wurden sie von den jeweils zuständigen

Oberverwaltungsgerichten wieder aufgehoben. Sie sind aber politisch von großer Wichtigkeit, da sie sich auf die alliierten Kontrollratsbeschlüsse von 1945 und auf den Artikel 139 GG stützen. Nach diesen Gesetzen ist jegliche faschistische Propaganda und Organisation in der Bundesrepublik verboten und muß sofort unterbunden werden.

Es gilt daher, den politischen Widerstand so auszuweiten, daß die erwähnten Gesetze wieder Grundlage der gesamten Rechtssprechung werden.

Wir fordern:

- KEIN NPD-PARTEITAG IN NRW UND ANDERSWO !
- KEINE STÄDTISCHEN RÄUME UND ÖFFENTLICHEN PLÄTZE FÜR DIE NPD !
- SCHLUSS MIT NATIONALISMUS, MILITARISMUS, RASSISMUS UND AUSLÄNDERFEINDLICHKEIT !

+++ Anzeige +++

Sonnenblume



Springstr. 2
am Hauptbahnhof



Küchliche Milchprodukte

...täglich frisches Brot & Brötchen

Gemüse und Obst aus biologischen Anbau...



Montags bis Freitags: 9-18 und
Samstag; 9-13 Uhr

Naturkost



Blick nach draußen ...

Castrop-Rauxel

Nach dem Überfall auf das Flüchtlingsheim in Castrop-Becklem hat es weitere faschistische Übergriffe gegeben:

Am 15.3. ziehen 50 Jugendliche mit Parolen wie "Heil Hitler"

und "Türken raus" durch die Siedlung Ochsenkamp/Augustastrasse. Unter den Anwohnern, Deutschen, Griechen, Türken und Jugoslawen, herrscht Angst.

Eine 63-jährige Frau, der die Fensterscheiben eingeworfen wurde, erleidet einen Schock.

Durch die Enthüllungen eines ehemaligen Jungnazis, die schon im Februar bekannt wurden, wurde klar, daß es sich bei diesen Aktionen keines-



wegs um "Dummejungenstreiche" handelt: "Das war keine spontane Aktion; die haben den Überfall ... sorgfältig vorbereitet. Ich weiß von Geländespielen, die eine Gruppe namens 'Junge Wölfe' unternommen hat. Da haben sich 20-30 Jugendliche und auch Kinder getroffen, um unter dem Deckmantel einer Pfadfindergruppe NS-Lieder zu singen und 'harte Kerle' zu werden."





Gelsenkirchen

Das Amtsgericht Gummersbach hat ein Verfahren wegen Körperverletzung und Nötigung gegen S. Borchardt (FAP, Borussenfront) und G. Frericks eingestellt, da die Straftaten aufgrund anderer Verurteilungen "nicht beträchtlich ins Gewicht fallen". Die Neonazis waren angeklagt worden, weil sie im April 1984 mit anderen Skinheads beim NPD-Parteitag in Wiehl eine Gruppe Gegendemonstranten der VVN aus Gelsenkirchen überfallen hatten. Hierbei erlitt die 70-jährige R. Eck eine tiefe Fleischwunde am Bein, der 79-jährige H. Schmitz wurde mit einer schweren Rippenprellung ins Krankenhaus eingeliefert. Die beiden Verletzten waren auch als Nebenkläger aufgetreten. Sie müssen nun rund 2000,- DM Anwaltskosten selber tragen. Das Verfahren gegen die Neonazis wurde auf Kosten der Staatskasse eingestellt. Sie brauchen keinen Pfennig zu zahlen!



Sigmaringen

Am 12. April wollte die NPD in Sigmaringen ihren Landesparteitag für Baden-Württemberg durchführen. Das ist ihr grundsätzlich mißlungen! Zu Aktionen gegen die NPD, welche noch 10 Tage vor Parteitagsbeginn verkündete, sie wolle zum Abschluß der Tagung einen Aufmarsch durch Sigmaringen inszenieren und mit einer Kundgebung vor dem Rathaus abzurufen, riefen mehrere regionale und örtliche Aktionseinheiten auf. Sie hatten sich gebildet um den Aufruf des DGB Sigmaringen, den Aufruf des DGB-Kreises Konstanz, den Aufruf der "Initiative Südschwaben gegen den NPD-Parteitag", der von einem breiten Spektrum getragen wurde, u.a. von den Grünen, DFG-VK, DKP, VSP, MLPD, BWK, VVN/BdA, Volksfront, einigen autonomen, Frauen- und Hochschulgruppen sowie einem Aufruf im Raum Freiburg. Zwei Wochen vor dem Parteitag bildete sich in Stuttgart

um den Aufruf "Keinen Fußbreit den Faschisten! Verhindern wir den Aufmarsch der NPD in Sigmaringen!" eine breite Aktionseinheit. Diese breite Mobilisierung bewirkte eine öffentliche Auseinandersetzung um den NPD-Parteitag, in deren Gefolge die Stadt Sigmaringen den Abschluß des Mietvertrages mit der NPD von der Bedingung abhängig machte, daß diese eine Kautionshöhe von DM 100 000 stellt für Schäden, die von Dritten an der Stadthalle verursacht würden. Die gerichtliche Anfechtung dieser Auflage scheiterte letztinstanzlich vor dem VGH Baden-Württemberg. Große Wirkung erzielte eine antifaschistische Aktion im Vorfeld, bei der in der Nacht vom 5./6.4. alle Wände im Innern der Stadthalle bis in eine Höhe von 3 m lückenlos mit großformatigen Parolen versehen wurden, u.a. "Ausländer bleiben - Nazis vertreiben", "Nie wieder Faschismus", "Kein NPD-Parteitag", "NPD raus", "Faschisten sind die Handlanger des Kapitals". Wenn auch unter Etiketten wie "Werk der Verwüstung" und "Schmierer von Wandparolen" wurden diese in vier Tageszeitungen mit einer Auflage von 886 000 verbreitet.

In dieser Lage starteten Staatsschutz und Landespolizeidirektion eine konzertierte Aktion, die das Ziel verfolgte, die Mobilisierung gegen den Aufmarsch der NPD zu untergraben, die antifaschistischen Kräfte zu spalten und den Faschisten den nötigen Spielraum zu verschaffen, ihren Parteitag abzuhalten: Am 8.4. besuchten höhere Beamte dieser Behörden die Kreisvorsitzende des DGB-Sigmaringen, Hildegard Wieden, und erzählten ihr folgende Geschichte: Chaotenhaufen aus Freiburg und Basel wollten die DGB-Demonstration am 11.4. umfunktionieren und ziellos Gewalt gegen Personen und Sachen ausüben. Danach gefragt, was sie über die Planungen der NPD wußten, ist der Herrenbesuch auffällig sprachlos. Zuvor ging ein anonymes Bekennerbrieftext beim DGB ein, in dem angedroht wurde, daß die Stadthalle in Flammen aufgehe, wenn der Parteitag stattfindet. Auf der darauf einberufenen Sitzung des DGB-Kreisvorstandes beschließt dieser, Kundgebung und Demonstration abzusetzen und bestellt in den einzelnen Orten die Busse ab. Zwei Tage später sagt die NPD

den Landesparteitag ab mit der Begründung, sie wolle gegen die Kautionsforderung Verfassungsbeschwerde beim BVerfG einlegen.

Gleichzeitig verbietet die Stadt Sigmaringen den von der Volksfront angemeldeten Info-Stand mit der Begründung, die Volksfront biete "mit ihrer Versammlung und dem Teilnahme-recht an der Versammlung ein Operationsfeld für die dem extrem linken Spektrum zu-zuordnenden Aktionsgruppen"; weiter wird bekannt, daß trotz der Absage der NPD die gesamten Polizeikräfte des Kreises sowie die Besatzung einer Polizei-kaserne für das Wochenende in Alarmbereitschaft versetzt worden sind.

Daher wird am 11.4. in der Sigmaringer Innenstadt ein Zentrum mit Infoständen errichtet, an dem sich die VVN/BdA, die Volksfront, Teile der Südschwäbischen Initiative beteiligen. Mehrere gemeinsame Kundgebungen werden mit ca. 150 Teilnehmern abgehalten.

Etliche antifaschistische Kräfte bleiben in Sigmaringen, wo in der Nacht zum Sonntag die Stadthalle von Polizeistreifen stark bewacht wird. Nachdem am Sonntag feststeht, daß sich die Faschisten weder in Sigmaringen noch in Städten und Gemeinden der Region versammeln, werden die antifaschistischen Aktionen beendet.

Blick nach außen...



Bielefeld

Am Abend des 27.3. führten ca. 70 Antifaschisten eine Blockade vor dem Zentrum der faschistischen 'Nationalistischen Front' durch. Kaum daß von einigen Demonstranten der Holzzaun vor dem Zentrum eingerissen war, stürzten die Faschisten heraus und gingen mit Leuchtkugeln, Stahlmuttern, die von Zwillen abgeschossen wurden, Baseballschlägern und einer Machete auf die Antifaschisten los. Es dauerte keine 5 Minuten, bis Zivilpolizei (Verkehrspolizisten, wie die Polizeiführung hinterher behauptete) und Bereitschaftspolizei gegen die antifaschistischen Demonstranten losstürmten, diese abdrängten, ohne irgendwie gegen die Nazis vorzugehen. Die Demonstranten zogen sich daraufhin in das nahegelegene Arbeiterjugendzentrum (AJZ) zurück. Über eine halbe Stunde später zogen rund 200 Polizisten sowie Beamte des SEK vor dem AJZ auf. Die im AJZ eingekesselten lösten eine Telefonkette aus. Von außerhalb wurden Anwälte, grüne Ratsmitglieder und der DGB-Organisationssekretär Frodermann mobilisiert, die

mit der Einsatzleitung der Polizei zu verhandeln versuchten-ergebnislos.

Gegen 0.10 Uhr stürmte die Polizei das AJZ. Von 77 Besuchern wurden die Personalien ermittelt, 22 wurden gezielt herausgegriffen und ins Polizeipräsidium verbracht, sie wurden erst morgens wieder auf freien Fuß gesetzt. Gegen zwei soll Anzeige wegen (schweren) Landfriedensbruchs erhoben werden. Am gleichen Samstag, dem 28.3., wurde von den antifaschistischen Kräften eine spontane Demonstration durchgeführt, es beteiligten sich rund 500. Die Bielefelder Antifa-Koordination rief alle antifaschistischen Kräfte in Bielefeld auf, einen gemeinsamen Aufruf zu unterstützen, in dem vom Stadtrat die Umsetzung seiner Beschlüsse gegen die NF-Strafanzeige gegen die NF und ihr Verbot als Nachfolgeorganisation der NSDAP -, die sofortige Schließung des Nazizentrums, das Verbot von Faschistenversammlungen auch in "Privaträumen" und die Einstellung aller Verfahren gegen Antifaschisten im Zusammenhang mit der Polizeiaktion gefordert wird.



Lüneburg

Erneut als "Kulturpolitische Veranstaltung" des "Arbeitskreises für

Kultur und Politik" sollte das unter dem Namen "Norddeutsches Forum" bekannte Faschistentreffen vom 24.-26. April in der Uelzener Stadthalle stattfinden. Thema diesmal: "Aspekte der Souveränität". Referenten u.a.: Prof. v. Berg, General a.D. Kießling, Prof. Seiffert und erstmals das ehem. CDU-MdB Herbert Gruhl von der ÖDP. Besonders dreist: Mit Hugo Wellems spricht am 50. Jahrestags des brutalen Angriffs auf die spanische Stadt Guernika ein Mitglied der 'Legion Condor', die damals die Angriffe geflogen hat. In einem Brief an den Bürgermeister der Stadt Uelzen hat die VVN/BdA darauf hingewiesen, daß auf dieser faschistischen Tarnveranstaltung Teilnehmer aus dem Umfeld der NPD, "Deutschen Kulturgemeinschaft", "Gesellschaft für freie Publizistik", "Deutsches Kulturwerk europäischen Geistes" und "Bund Heimattreuer Jugend" zusammentreffen.



Faschistisches Südafrika

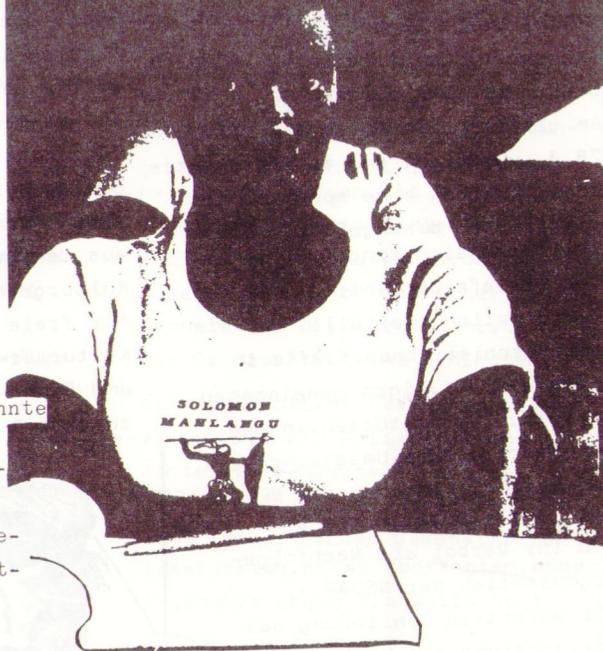
Eine Reihe Antifaschisten neigen dazu, unter dem Stichwort 'Faschismus' allein an Hitler oder allenfalls an 'Neonazis' zu denken. Es muß aber hervorgehoben werden, daß in der heutigen Welt eine Anzahl von Staaten ebenfalls faschistisch sind oder einer faschistischen Staatsform sehr nahe kommen.

Beispiel Südafrika:

In Südafrika besteht das System der Apartheid (Rassentrennung).

Apartheid ist die politische Doktrin der Rassentrennung in der "Republik" Südafrika. Die Praktizierung der Apartheid, die von den Südafrikanern selbst auch "getrennte Entwicklung" genannt wird, umfaßt politische, soziale, kulturelle, zwischenmenschliche und räumliche Aspekte. Die weiße Regierung versucht mit allen Mitteln (die gegen die Menschenrechte verstoßen), ihre Macht aufrechtzuerhalten.

So haben Schwarze noch immer kein nationales Wahlrecht (4,4 Millionen Weiße stehen 23 Millionen Schwarzen gegenüber). Die 3 Millionen Asiaten und Mischlinge dürfen Minderheitsparlamente mit geringem Mitwirkungsrecht wählen. Weiter ist Südafrika das einzige Land der Welt, in dem Rassismus in der Verfassung verankert ist.



87 % des Landes sind "weißes" Gebiet, 13 % sind schwarzes Gebiet. Ferner wurden 8 Mio. Schwarze aus Weiß-Südafrika zwangsausgebürgert. Für die Schulausbildung jedes weißen Kindes gibt die Regierung 10mal mehr Geld aus als für die eines schwarzen Kindes. Bei gleicher Arbeit und Qualifikation erhalten Schwarze weit-



aus geringere Löhne als weiße Arbeiter, häufig unter dem Existenzminimum.

Außerdem gibt es die Paßgesetze, z.B. daß ein Schwarzer sich nicht länger als 72 Stunden in einem Stadtgebiet außerhalb seines "Homelands" aufhalten darf, daß z.B. Fußballmannschaften verschiedener Stadtgebiete nicht gegeneinander spielen können, weil eine der Mannschaften durch die Reise gegen das Paßgesetz verstoßen würde.

Proteste der Schwarzen gegen die Apartheid werden mit rücksichtsloser und wahlloser Gewalt niedergeschlagen. Das folgende Beispiel kennzeichnet das Verhalten der Polizei während Protesten in den Townships von 1984:

Als Miss ..., eine Schülerin vom Standort 3 aus Soweto, nach Hause ging, fuhr ein HiPo-Fahrzeug an ihr vorbei, ein Polizist befahl ihr aus dem Wagen zu kommen, er würde ihr Süßigkeiten kaufen. Als sie sich weigerte, hielt ein anderer Polizist mit einer kleinen

Schußwaffe auf sie an und zwang sie, in den HiPo-Wagen einzusteigen. Als sie drinnen war, sagte man ihr, daß die Kinder in Schuluniform diejenigen seien, die Schwierigkeiten machten. Sie schlugen sie mit Nilpferdpeitschen, und sie schrie. Ein Polizist legte ihr die Hand auf den Mund, und zwei andere prügelten eine Zeitlang weiter. Danach sagten sie ihr, sie solle aussteigen und nach Hause gehen.

Die augenblickliche Regierung versucht immer noch, die Apartheitsgesetze aufrechtzuerhalten



Eine Figur = 1000 000

Nach der Volkszählung 1980 war die Bevölkerung wie oben angegeben klassifiziert

Das bedeutet: 83,94% der Bevölkerung sind "non-whites" in der Terminologie der Regierung. Ihnen stehen 16,06% "Whites" gegenüber, die das gesamte wirtschaftliche und politische Leben Südafrikas kontrollieren. (aus: Dritte Welt im Unterricht)

Bantustans – Heimatländer – Homelands

Die sogenannten „Bantu-Heimatländer“ sind zehn Stammesgebiete, welche aus den zersplitterten Landstücken gebildet wurden, die als afrikanische Reservate nach der Eroberung Südafrikas durch die Weißen im 19. Jahrhundert übrigblieben. Es sind alles verstreute Gebietsetzen, und keins von ihnen – mit der möglichen Ausnahme Transkei und Lebowa – umfaßt ein einziges zusammenhängendes Stück Land.

„Heimatland“	„Volk“
Transkei	Xhosa
Ciskei	Xhosa
Bophuthatswana	Tswana
Nwaland	Zulu
Lebowa	Nord-Sotno
Sesotho Cuaque	Süd-Sotno
Noebele	Noebele
Gazankulu	Shangaan und Tsonga
Vhavenda	Venda
KaNgwane	Swazi

*Dieses Territorium hat bis jetzt noch keinen amtlichen „Heimatland-Status“



und will kein Wahlrecht für die Schwarzen zulassen.

Können wir mit gutem Gewissen zusehen, daß diese Regierung mit denen des NS-Regimes vergleichbaren Mitteln weiterhin die Menschenrechte mit Füßen tritt?

Die folgende Tabelle zeigt einen Vergleich der Nürnberger Rassengesetze aus der Nazizeit und der Gesetze der Südafrikanischen Republik:

KAUFT KEINE FRÜCHTE
AUS SÜDAFRIKA !!!!!
OUTSPAN
CAPE

GESETZE DER SÜDAFRIKANISCHEN REPUBLIK ZUM SCHUTZE DER WEISSEN MINDERHEIT IM LANDE

Auswahl

Jahr	Act Name	Content	Section
1913	Natives Land Act	Kein Schwarzer darf außerhalb der Reservate Land kaufen	DIE NÜRNBERGER RASSEGESETZE
1923	Urban Areas Act	Farbige bekommen bestimmte Gebiete zugewiesen	Gesetz „Zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ vom 15. September 1935
1927	Immorality Act	Jede erotische und sexuelle Beziehung zwischen Weißen und Schwarzen wird streng bestraft	Durchdrungen von der Erkenntnis, daß die Reinheit des deutschen Blutes die Voraussetzung für den Fortbestand des deutschen Volkes ist, und beseelt von dem unbeugsamen Willen, die deutsche Nation für alle Zukunft zu sichern, hat der Reichstag einstimmig das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird.
1937	Natives Laws Amendment Act	Die Gemeinden werden gezwungen, „überflüssige“ Arbeiter in die Reservate abzuschicken	§ 1
1945	Natives Urban Areas Consolidation	Der Aufenthalt von Schwarzen in weißen Stadtgebieten wird verboten	Eheschließungen zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes sind verboten. Trotzdem geschlossene Ehen sind nichtig, auch wenn sie zur Umgehung dieses Gesetzes im Auslande geschlossen sind.
1949	Prohibition of Mixed Marriages Act	Alle gemischtrassigen Ehen werden als ungesetzlich erklärt	2. Die Nicht-Rechtsklage kann nur der Staatsanwalt erheben.
1949	Unemployment Insurance Act	Wanderarbeiter werden von der Arbeitslosenversicherung ausgenommen	§ 2
1949	Unemployment Insurance Act	Wanderarbeiter werden von der Arbeitslosenversicherung ausgenommen	Außerhelicher Verkehr zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes ist verboten.
1959	Group Areas Act	Zwangsumsiedlungen für „überflüssige“ Afrikaner in eigene Wohngebiete („homelands“, „townships“ werden verfügt	§ 3
1952	Native Laws Amendment Act	Verbot für Schwarze, sich länger als 72 Stunden in einem städtischen Gebiet aufzuhalten	Juden dürfen weibliche Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes unter 45 Jahren nicht in ihrem Haushalt beschäftigen.
1957	Bantu Laws Amendment Act	Beseitigung der grundsätzlichen Wohnrechte für Schwarze in städtischen und ländlichen Gebieten; 7 Millionen Schwarze in den Status des Wanderarbeiters gezwungen	§ 4
1959	Promotion of Bantu Self-Government	Legt die Grundlage zu den Bantustans	1. Juden ist das Hissen der Reichs- und Nationalflagge und das Zeigen der Reichsfarben verboten. 2. Dagegen ist ihnen das Zeigen der jüdischen Farben gestattet. Die Ausübung dieser Befugnis steht unter staatlichem Schutz.
1963	Bantu Laws Amendment Act	Verlangt, daß Schwarze nur in „Homelands“ leben	§ 5
1964	Bantu Laws Amendment Bill	Jeder Schwarze kann aus einem weißen Gebiet ausgewiesen werden, wenn schon zu viele von seiner Gruppe anwesend sind oder er „unerwünscht“ ist	Wer dem Verbot des § 1 zuwiderhandelt, wird mit Zuchthaus bestraft. 2. Der Mann, der dem Verbot des § 2 zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis oder mit Zuchthaus bestraft. 3. Wer den Bestimmungen der §§ 3 oder 4 zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft.
1976	International Security Act	Inhaftierungen ohne Prozeß bis zu einem Jahr möglich	§ 6

Leserbrief

Der Staat, in dem wir leben...

von Stefan W. Born

In meinem Leserbrief zur sogenannten Gewaltfrage habe ich die Frage des Staates nur gestreift. Immerhin wurde angedeutet, daß "der Staat" nicht irgendein anonymes Gebilde ist, welches automatisch, neutral, objektiv oder sonstwie, jedenfalls angeblich nach streng "rechtsstaatlichen" Prinzipien funktioniert, sondern daß alle Maßnahmen des Staates der Ausdruck der konkreten Interessen bestimmter Gruppen oder Klassen der Bevölkerung sind.

Ich will nun ein paar Gedanken anschließen zur Frage, wohin entwickelt sich dieses Staatswesen, was bedeuten so Ereignisse wie die Neuen Sicherheitsgesetze oder die Volkszählung?

In der Diskussion der linken, alternativen und demokratischen Bewegung gibt es sehr unterschiedliche Auffassungen zu dieser Frage. Da gibt es einmal die Auffassung, vor allem bei den Autonomen, daß der Staat im Grunde schon heute weitgehend faschistisch sei. So heißt es z.B. bei der 'Proletarischen Aktion':

"Der lauthals herausgebrüllte und organisierte Rassismus der Regierung und ihrer braunen Stiefelknechte hat also weniger mit Vorurteilen zu tun, sondern steht im Zusammenhang mit ihrem Programm,.... Solch ein Programm ist nicht neu. Es ist ein genuin faschistisches Programm, das den "Welteroberungswillen" der BRD-Imperialisten durch auf die Spitze getriebene ökonomische Ausplünderung und polizeilich-militärische Niederhaltung der multinationalen Arbeiterklasse durchsetzen soll."

Diese Auffassung besagt im Grunde, daß die heutige Ausbeutung der Arbeiter mit faschistischen Methoden betrieben wird.

Dann gibt es eine Reihe von sich ähnelnden Auffassungen, die den heutigen Staat noch für lange Zeit als die beste Staatsform für die Interessen der Konzern- und Fabrikherren bezeichnen, die

parlamentarische Form der bürgerlichen Demokratie sei (zur Zeit) genau das, was sich die Kapitalisten wünschen - die Gefahr eines neuen Faschismus sei deshalb auch überaus gering.

Alle Maßnahmen, die in den vergangenen Jahren seitens des Staatsapparates getroffen wurden (von den Notstandsgesetzen bis zu den Neuen Sicherheitsgesetzen) werden nach dieser Auffassung als 'normale' Maßnahmen des bürgerlich-demokratischen Staates interpretiert. So schreibt z.B. H. Karuscheit von der KG/NHT:

"Jede größere Beschneidung gewerkschaftlicher Positionen als Schritt zum Faschismus zu deuten, heißt letztlich, die bürgerliche Demokratie nicht als Staat des Kapitals zu begreifen, d.h. als eine Staatsform, die innerhalb der ihr eigenen Grenzen die Verwertung des Kapitals im Grundsatz sicherzustellen weiß."

Schon dies kurze Zitat deutet eine wichtige Problemstellung der gesamten Debatte an, nämlich, wann denn die bürgerliche Demokratie an ihre eigenen Grenzen stößt oder wann eigentlich Faschismus "beginnt".

Eine dritte Auffassung steht, wie fast zu erwarten war, eher zwischen den beiden vorher skizzierten. Diese dritte Position geht aus vom Begriff der 'Faschisierung', also einer Entwicklung innerhalb der herrschenden bürgerlich-demokratischen Ordnung, welche Schritt für Schritt neue Bausteine einsetzt auf dem Weg hin zu einer erneuten faschistischen Diktatur.

Ich habe diese Auffassung bisher weitgehend geteilt, insbesondere weil sie den Gedanken enthält, daß der Faschismus nicht 'über Nacht' kommt, plötzlich und ohne große Vorbereitung, sondern schon während der bürgerlich-demokratischen Herrschaft bestimmte vorbereitende



Maßnahmen und Entwicklungen stattfinden, die erst die umfassende Durchsetzung des Faschismus ermöglichen.

Diese Auffassung hat allerdings den wichtigen Mangel, daß sie die Frage des Faschismus bzw. die Frage, wann der Faschismus beginnt, allein auf die Ebene des Staates bezieht. 'Faschisierung' ist etwas, was irgendjemand aktiv betreibt, also, der Staat betreibt aktiv eine Entwicklung an sich selbst, durch die er zunehmend faschistischer wird, bis er es dann irgendwann vollständig ist.

Der geschichtliche Weg, z.B. von der Weimarer Republik hin zum Nazi-Faschismus war aber in seiner Gesamtheit sehr viel komplizierter, so daß nach meiner heutigen Auffassung der Begriff 'Faschisierung' eher zu einer falschen Vereinfachung beitragen kann, die der tatsächlichen gesellschaftlichen Entwicklung nicht angemessen wäre.

Allein die Tatsache, daß der bürgerliche Staatsapparat der Weimarer Republik nicht automatisch und in seiner Gesamtheit zum faschistischen Staatsapparat wurde, wie wenn ein bestehendes Gebäude nur anders angestrichen wird, bringt schon Einwände gegen die Faschisierungs-These hervor. Ein weiterer Einwand ist, daß die Entwicklung hin zum Faschismus auch und besonders eine Veränderung der politischen Machtverhältnisse bedingt. Knapp ausgedrückt: Es muß eine breite politische 'Rechtsentwicklung' in der Bevölkerung stattgefunden haben, damit die Herrschaftsform des Faschismus überhaupt durchgesetzt werden kann. Dies heißt nun nicht, daß besondere Formen bürgerlicher Herrschaft, sei es etwa die Form einer (etwa durch Putsch eingesetzten) Militärdiktatur oder einer 'technokratischen Verwaltungsdiktatur' nicht denkbar oder möglich erscheinen - im Gegenteil, sie sind sogar die m.E. nach wie vor wahrscheinlicheren Formen zukünftig schärferer Machtausübung.

Aber - und eine Reihe von Indizien sprechen dafür - auch eine erneute Form des Faschismus, ähnlich der des 3. Reiches, wird zunehmend denkbarer. Was hat das alles nun eigentlich mit Sicherheitsgesetzen oder Volkszählung zu tun?

Die Bewegung gegen die Volkszählung hat den Mangel, daß die zunehmenden Maßnahmen der staatlichen Unterdrückung unter dem Stichwort 'Überwachungsstaat' diskutiert werden, während auf der anderen Seite bei verschiedenen Antifaschistischen Gruppen der Fehler gemacht wird, die heutige politische Entwicklung wie die regierungs-offizielle Ausländerpolitik, die Hetze gegen Asylbewerber, die rassistische Aids-Kampagne und die Entwicklung des nationalkonservativen bis neofaschistischen

Spektrums wieder von der staatlichen Entwicklung zu trennen und allein diese politische 'Rechtsentwicklung' zu kritisieren.

Diese Entwicklungen müssen vielmehr in einen Zusammenhang gebracht werden.

Der Widerstand gegen die Volkszählung und gegen die zunehmende staatliche Überwachungs-tätigkeit muß sich in Beziehung stellen zu den übrigen gesellschaftlichen Entwicklungen, vor allem der Krisenentwicklung (Massenentlassungen bei Stahl und Kohle) und der weiter steigenden Massenarbeitslosigkeit.



Diese Bewegungen müssen ihre Stellung diskutieren im Rahmen der Auseinandersetzung zwischen verschärfter 'Wende'-Politik (Ausbau der Atomenergie, skrupelloser Sozialabbau, weitere Einschränkung demokratischer Rechte) auf der einen Seite und einer demokratischen und sozialistischen Widerstandspolitik (Kampf um Erhaltung jedes Arbeitsplatzes, Kampf gegen Umweltvernichtung, Entwicklung einer antikapitalistischen Strategie) auf der anderen.

Wenn es nicht gelingt, den Widerstand gegen die Volkszählung auf den Zusammenhang zu den angedeuteten gesellschaftlichen Fragen zu orientieren, wird erneut ein großer Teil der jetzt Engagierten nach der Volkszählung wieder unpolitisch und desorientiert in seinen Privatbereich zurückkehren. Aber das muß nicht so sein!

Mit antifaschistischen Grüßen und viel Erfolg bei Eurer weiteren Arbeit.

IMPRESSUM

Die Antifasz erscheint ca. alle 2 Monate. Namentlich gekenn-zeichnete Beiträge werden vom jeweiligen Autor presserechtlich verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Selbstverlag: Antifaschistisches Forum, RE, Münsterstr.2a, 4350 RE
Druck: "Ziegelbrenner"-Verlags-gesellschaft m.b.H.

Presserechtlich verantwortlich für diese Ausgabe: Eva Prausner;
Presserechtlich verantwortlich für die Anzeigen dieser Ausgabe: Rolf Becker; Anschrift: Eva

Prausner & Rolf Becker, Selbstverlag und Redaktion: Münsterstr.2a 4350 RE. Mitgewirkt haben: Peter, Veit, Rolf, Anette, Eva, Nikola, Falko, Susanne, Ingrid, Stefanie, Wolfgang, Petra !!!

»PINWAND«



Antifaschistischer Bund Recklinghausen (AFB)
Treffen: jeden Mittwoch in der Altstadt Schmiede
um 19.00 Uhr

Konferenz antifaschistischer Initiativen und
Organisationen aus NRW am Samstag, 9. Mai 1987
Tagungsort: St. Augustin bei Bonn
Tagesablauf: 10.00 Uhr Demonstration auf dem
Marktplatz in St. Augustin
11.00 - 19.00 Uhr: Konferenz
(Schulzentrum Menden/St. Augustin-
Menden, Siegstr.)
20.00 - 22.00 Uhr: Kulturveran-
staltung

Veranstaltung der Recklinghäuser Antifa-
schistischen Aktionseinheit:
"Kein NPD-Parteitag in NRW und anderswo"
am Freitag, 8. Mai 1987, 19.00 Uhr im
Heinrich-Pardon-Haus



Kongreß

" Faschismus - was ist das ?
Aktuelle Aufgaben des anti-
faschistischen Kampfes "

Wann: 16. / 17. Mai
Wo : Köln - Anmeldung und Kongreßreader bei:

Bundesgeschäftsstelle der Volksfront,
Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1

Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit
Treffen: Freitags um 18.30 Uhr im
Heinrich-Pardon-Haus



Volkszählungsboykottgruppe
Treffen: Freitags 20.00 Uhr
Minsterstr. 2a